

## **POLITISCHER BERICHT TSCHECHIEN**

**Februar 2005**

**Die Gross-Regierung wackelt oder  
Wie aus einer kleinen Affäre eine große Regie-  
rungskrise wurde**

**Ein positives Zeichen -  
Reaktionen auf das Referendum in Spanien zum  
EU-Verfassungsvertrag**

**Das Ende des lächelnden Kanzlers –  
Reaktionen auf die Schleswig-Holstein-Wahl**

**Karriereende für den Außenminister? -  
Visaskandal in Deutschland wenig beachtet**

### **1. Die Gross-Regierung wackelt oder wie aus einer kleinen Affäre eine große Regierungskrise wurde**

Was zunächst als eine kleine Privataffäre des Premierministers Stanislav Gross begann, hat sich mittlerweile zu einer schweren Regierungskrise ausgeweitet. Über diese könnte der 35jährige Regierungschef sogar stolpern. Der Parteivorsitzende der mitregierenden Christdemokraten (KDU-CSL) Miroslav Kalousek forderte jetzt öffentlich den Rücktritt des Premiers. Auch der tschechische Präsident hat sich eingeschaltet und die Konfliktparteien zu sich gebeten. Was steht hinter dieser Zuspitzung?

#### **Ein Zeitungsartikel als Auslöser**

Wie so oft bei politischen Affären brachte auch hier ein Zeitungsartikel der Mlada Fronta Dnes Mitte Januar den Stein ins Rollen. Man berichtete, dass sich Gross eine 1999 erworbene Wohnung mit seinen Bezügen nie hätte leisten können. Gross erklärte nach längerem Schweigen, dass ihm ein Mitglied seiner Familie dieses Geld geliehen hätte. Später nannte er konkret seinen Onkel. Schnell stellte sich heraus, dass sein Onkel unvermögend ist. Dieser verstrickte sich seinerseits immer mehr in Widersprüche und behauptete unter anderem, er hätte das Geld in bar in einer Plastiktüte von Deutschland in die Tschechische Republik verbracht. Unerwartet meldete sich dann ein Journalist namens Rotislav Rod und erklärte, er hätte Gross' Onkel die Summe geliehen.

Es entstanden also viele Fragezeichen. Gross' Antworten brachten keine zusätzliche Klarheit.

Ferner wurde der Premier zunehmend mit wenig nachvollziehbaren Geschäften seiner Frau konfrontiert. Diese hatte im März 2004 in Prag ein Wohnhaus für 5,9 Mio. Kronen über ihre Firma Denna Production „als kommerzielle Anlage“ erworben. Die Begleitumstände der dafür notwendigen Kreditbewilligung gaben Anlass zu neuen Spekulationen. Hinzu kam, dass der Premier schon seit längerem attackiert wird, weil er sich in seiner Zeit als Innenminister Sonderermittlungseinheiten direkt seinem persönlichen Kommando hatte unterstellen lassen.

### **Erstmals Auseinandersetzungen in der Regierungskoalition**

In den letzten Tagen erhielten diese Umstände eine politische Dimension: der Vorsitzende der Christdemokraten Miroslav Kalousek nutzte die Frankreichreise des Regierungschefs zum Angriff. In einer Pressekonferenz erklärte er, die Regierungsfähigkeit der Koalition wäre gefährdet.

Gross holte zum Gegenschlag aus und forderte die drei christdemokratischen Minister ultimativ zu einem Treuebekenntnis auf. Diese waren offensichtlich dazu bereit und die Krise schien beinahe bewältigt. Gross und Kalousek wollten in einem gemeinsamen Treffen eine endgültige Klärung herbeiführen. Stattdessen eskalierte die Auseinandersetzung: Kalousek fordert nun offen Gross' Rücktritt. Dieser konterte im Gegenzug mit der Aufforderung an die KDU-ČSL, die Regierung zu verlassen.

Unterdessen zog die Affäre immer weitere Kreise. Sogar aus der Wirtschaft kamen beunruhigende Signale. So schwächte sich der Kurs im Laufe der Regierungskrise auf 29,90 Kronen je Euro ab und Analytiker warnten, dass sich durch Umbildungen im Kabinett die Teilprivatisierung der Tschechischen Telecom verzögern könnte.

### **Vaclav Klaus schaltet sich ein!**

Unter anderem deshalb schaltete sich nun auch Staatspräsident Klaus ein. In einem Vier-Augengesprächen mit dem Premier am letzten Sonntag und dem Christdemokraten Kalousek am Montagvormittag forderte er beide auf, Vorschläge zu machen, die „einen Ausweg aus der gegenwärtigen Sackgasse“ ermöglichen. An der grundsätzlichen Haltung der beiden Vorsitzenden änderte dies nichts.

Lachender Dritter ist die bürgerliche ODS. Ohne eigene Initiative zu entwickeln, kann sie der Selbstzerfleischung der Regierung zusehen. Denn unabhängig vom Ausgang

der Regierungskrise kann die ODS nur gewinnen: Tritt die Regierung zurück und kommt es zu Neuwahlen, wird die ODS nach den derzeitigen Umfragen deutlich stärkste Partei. Schafft man es, die strittigen Punkte innerhalb der Koalition zu klären, wird Stanislav Gross geschwächt in den Wahlkampf 2005/2006 (im Frühsommer 2006 finden Wahlen statt) starten.

### **Die Wahl 2006 wirft ihre Schatten voraus**

Was aber steht tatsächlich hinter Kalouseks Manöver? Bislang hatten gerade die Christdemokraten in einer Art Nibelungentreue zur Regierungskoalition gestanden. Unter der Parteiführung des dezidiert konservativen und wirtschaftsliberalen Kalouseks, der in einer Kampfkandidatur um den Parteivorsitz im Herbst 2003 gegen den ehemaligen Vorsitzenden und Außenminister Svoboda obsiegte, wurden die Signale deutlicher, dass eine Koalition der KDU mit der ODS (die jetzt rechnerisch nicht möglich ist) aus Sicht der KDU vorzugswürdig wäre. Dass sich Kalousek und der ODS-Vorsitzende Topolánek gut verstehen ist kein Geheimnis. Außenminister Svoboda, der als Befürworter der jetzigen Koalition gilt und eher dem christ-sozialen Flügel der KDU-CSL zugerechnet wird, ist offensichtlich gar nicht erfreut über die jüngste Entwicklung. Beobachter vermuten hinter Kalouseks Rücktrittsforderung gegenüber Gross eine Absprache zwischen Kalousek und dem ODS.-Vorsitzenden Mirek Topolánek im Vorfeld der Wahlen 2006 und einer möglichen christlich-konservativen Regierungskoalition. Kalousek, dessen Position in der Partei gerade in den letzten 6 Monaten zunehmend stärker wurde, könnte mit diesem Schritt bereits auch die Desavouierung seines eigenen Außenministers vorbereiten. Svoboda in der Position des Außenministers wäre für die ODS eine schwer zu schluckende „Pille“. Seine Überzeugungen korrelieren so gar nicht mit denen der ODS. Außerdem gilt es, Platz zu schaffen für den Schattenaußenminister der ODS, Jan Zahradil, der seine Zukunft ganz offensichtlich nicht als MdEP in Brüssel sieht.

## **2. Reaktionen auf das EU-Verfassungsreferendum in Spanien**

Durch die Konzentration auf die Regierungskrise wurden andere Themen in den Medien weniger intensiv behandelt. So stand auch die Diskussion um die europäische Verfassung nicht mehr im Mittelpunkt des Interesses. Dennoch blickte die tschechische Presse am vergangenen Wochenende interessiert nach Spanien. Dort fand das erste Referendum zu EU-Verfassung statt. Auch in der Tschechischen Republik ist eine solche Volksabstimmung geplant. Das Referendum brachte mit 76,6% Befürwortern ein klares JA für die Verfassung. Nur die geringe Beteiligung von 42,4% fiel negativ auf. Diese war sogar schlechter als Beteiligung bei der Europawahl im Juni letzten Jahres.

Für die tschechischen Kommentatoren lag der Grund für diese positive Entscheidung auf der Hand. Seit dem Beitritt im Jahr 1986 erhielt Spanien insgesamt rund 86 Mrd. Euro an EU-Mitteln. Deswegen haben die Spanier „keinen Grund zum Europaskeptizismus“, schrieb die Lidové Noviny am 21.02.. Die Kommentatorin Tereza Nosálková weist in derselben Ausgabe darauf hin, dass es bei der Abstimmung nicht um ein für oder wider zur Verfassung ging. Vielmehr war wohl auch der „innenpolitische Kredit von Premierminister Zapatero“ ein Grund für das gute Ergebnis. Auch die niedrige Wahlbeteiligung fand in den Kommentaren durchaus Beachtung. Viele sahen darin ein Zeichen dafür, dass dem Dokument keine Bedeutung zugemessen wurde.

Die Frage ob „Spanien ein Beispiel“ sei und welche Signalwirkung man dem Referendum beimessen solle, wurde durchaus unterschiedlich bewertet. So deutete die Pravo vom 22.2. das Ergebnis „als positives Signal“. Frau Nosálková misst dagegen der Abstimmung weniger Bedeutung bei und betont, dass man sich in der Tschechischen Republik genügend Zeit für die Ratifizierung nehmen müsste. Nur so könne eine rationale Diskussion zum Thema gewährleistet werden.

### **3. „Das Ende des lächelnden Kanzlers“ - Reaktionen auf die Schleswig-Holsteinwahl**

„Im Norden Deutschlands fror das Lächeln des Kanzlers ein“, titelte die Lidove Noviny am 21.02. (LN, 21.02.) „Nord-Deutschland gab Schröder ein schlechtes Zeugnis“ (Mlada Fronta Dnes, MFD vom 22.02.). Die MFD wertete die Wahl vor allem als Test für die Rot-grüne Regierung in Berlin. Auch wenn die derzeitige Koalition unter der Ministerpräsidentin Heide Simonis womöglich weiterregieren könnte, wäre der Wahlausgang eine massive Niederlage für die Regierung. Laut MFD bleibt für Kanzler Schröder weiterhin die Frage: „Wie kehrt man den Trend gegen die SPD um?“ Auch im Koalitionspartner der SPD, den Grünen, sieht die MFD keinen stabilisierenden Faktor für die Koalition mehr. Sich auf sie zu verlassen, sei für Schröder „eher ein Risiko“.

Die MFD ist der Auffassung, dass der Wahlausgang den Rot-Grünen Regierungen in Berlin und Düsseldorf ein schlechtes Zeichen sein müsse. Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen wären das Schlüsselereignis bis zu den Bundestagswahlen im Jahr 2006. Diese Bastion der Sozialdemokraten könnte nach 39 Jahren verloren gehen.

Auch die Lidový Noviny stellt fest, dass mit dieser Wahl für Schröder die Chancen zum Machterhalt weiter gesunken sind. Als Gründe für die Rot-Grüne Niederlage macht sie vor allem die schlechte wirtschaftliche Lage in Schleswig-Holstein verantwortlich. Positiv erwähnt wird, dass die NPD keine Chance hatte, in den Landtag einzuziehen. Für die Lidovy Noviny steht jedoch fest, dass „die Botschaft nach Berlin klar ist: Für Schröder brechen nicht unbedingt bessere Zeiten an!“.

### **4. Reaktionen auf den Visa-Skandal in Deutschland**

Wenig Interesse zeigten die tschechischen Medien am deutschen Visa-Skandal um den Außenminister Joschka Fischer. Während die Pravo am 16.02. nüchtern feststellt, dass der Minister die politische Verantwortung für die Visa - Affäre übernimmt, geht die Hospodářské Noviny am 16.02. in ihrer Bewertung weiter: „Für Fischer [...] könnte diese Affäre auch die Karriere kosten.“ Eines ist jedoch für die Wirtschaftszeitung sicher: Die Ausspruch „im Zweifel für die Freiheit“ wird noch lange negativ auf Außenminister Joschka Fischer zurück fallen.

Prag, den 23.02.05

Dr. Gehrold  
(Außenstellenleiter)

